



Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf., Anfertigungsgebühr für den Raum einer sechsteiligen Zeitungs-Beilage 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 150. Mittag-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 1. April 1875.

Deutschland.

Berlin, 31. März. [Mittheilung.] Se. Majestät der König hat dem Königl. Haus Hofmeister Feuchner zu Berlin den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Bürgermeister Weise zu Leipzig a. N. den Königl. Kronen-Orden dritter Klasse; den pensionirten Pädagogischen Lehrer Schroers zu Wilmersdorf den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse; dem Königl. Hofmeister Buchner zu Charlottenburg das Kreuz der Inhaber des Königl. Hausordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Ober-Procurator Voelling in Köln bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Geheimrath verliehen; den bisherigen Bauinspector Krüger hieselbst zum Hofkammer- und Baurath ernannt, sowie dem Königl. Hausfideikommiss-Bauinspector Niemann hieselbst den Charakter als Königl. Hausfideikommiss-Baurath verliehen; den großherzoglich badischen Geheimen Rath und bisherigen ordentlichen Professor an der Universität zu Heidelberg Dr. Gustav Kirchhoff zum ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der hiesigen Universität ernannt; dem Kreisphysicus, Sanitätsrath Dr. Karuth in Sorau den Charakter als Geheimrath verliehen; dem Kreisphysicus Dr. Peters zu Seidenkirchen, sowie dem praktischen Arzt Dr. Müller zu Minnen, Bade- und Brunnenarzt in Deynhausen, und dem praktischen Arzt Dr. Pfeiffer zu Demmin den Charakter als Sanitätsrath; und dem Commerzienrath Schwarzkopf, sowie dem Kaufmann und Fabrikbesitzer Louis Reichenheim zu Berlin, den Commerzienrathen Manskopf und de Neufville, sowie dem Banquier Jacques Reich in Frankfurt a. M. den Charakter als Geheimrath verliehen; dem Banquier Franz Mendelssohn, dem Kaufmann und Fabrikbesitzer Moritz Wolff, dem Kaufmann A. W. Kahlbaum, dem Kaufmann Budardt, dem Kaufmann Samuel Kron und dem Kaufmann Jacob (Julius) Gerson, sämtlich zu Berlin, sowie dem Kaufmann und Rathsherrn G. Stenger in Schwet a. O., dem Kaufmann Louis Jaffé zu Posen, dem Kaufmann und Hüttenwerks-Besitzer Robert Caro zu Breslau, dem Fabrikbesitzer und Stadtrath Hauswaldt zu Neustadt-Magdeburg und dem Kaufmann und Fabrikbesitzer Robert Hufmann zu Witten den Charakter als Commerzienrath verliehen.

Der Königl. bayerische Rechtsconsulent Alfred von Weinrich in Straßburg ist zum Aboloten im Bezirk des Kaiserlichen Appellationsgerichts zu Colmar und zum Anwalt bei dem Kaiserlichen Landgerichte in Mülhausen ernannt. — Der bisherige Geheimrath Staats-Archivar am Geheimen Staats-Archiv zu Berlin, Archivrath Dr. Harlek, ist in Folge seines Antrages als Staats-Archivar und Vorstand des Staats-Archivs nach Düsseldorf, der Staats-Archivar Dr. Hegert aus Düsseldorf in gleicher Eigenschaft nach Posen und der Staats-Archivar Dr. Schuchard aus Posen als Archivar nach Hannover berufen worden. — Der bisherige Ober-Gerichts-Beisitzer Dr. Westerkamp in Hannover ist zum außerordentlichen Professor in der juristischen Facultät der Universität zu Marburg ernannt worden. — Dem Gymnasial-Oberlehrer Victor Meyer in Weimar, sowie dem Oberlehrer Karl Wilhelm Classen am Gymnasium zu Rastenburg ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden. — Bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten sind: der Eisenbahn-Secretär Rieh und der Bureau-Diätar Gatz zu Geheimen Registratoren, der Bureau-Diätar Wiener zum Geheimen Revisor und die Kanzlei-Diätarinnen Bierski, Köster, Mader und Fehner zu Geheimen Kanzlei-Secretären ernannt worden.

Berlin, 31. März. [Se. Majestät der Kaiser und Königin.] Am heutigen Vormittag den Vortrag des Civilcabinetts entgegen und empfangen nach Beendigung desselben den zu Allerhöchstherrn General-Adjutanten ernannten Boisschäfer in Wien, General-Leutnant von Schweidnitz.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin.] beehrte die Blumen-Ausstellung in der Flora zu Charlottenburg und den zoologischen Garten mit Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin von Baden. Ihre Majestät besuchte das Elisabeth- und das Hedwig-Krankenhaus. — Heute findet im Königl. Palais ein größeres Diner statt.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz.] empfing gestern um 11 1/2 Uhr den General-Major z. D. von dem Kneisebeck und später den commandirenden General des IX. Armeekorps, General der Infanterie von Tressow.

Um 5 Uhr fand im Palais ein Diner von 14 Couverts statt. Von 6 1/2 Uhr ab wohnten die höchsten Herrschaften mit den Prinzen Wilhelm, Heinrich und Waldemar, sowie den Prinzessinnen Charlotte und Victoria der Vorstellung im Victoria-Theater bei. (Reichsanz.)

Berlin, 31. März. [Das Veto des deutschen Kaisers bei der Papstwahl.] — Die Ultramontanen über den Fürsten Hohenlohe. — Kirchenvermögensgesetz im Herrenhause. — Abg. Lasker.] Eine unterrichtete römische Correspondenz meldet, daß in dortigen diplomatischen Kreisen angenommen wird, das Berliner Cabinet beschäufte sich eifriger denn je mit der Eventualität des Conclave und verlange für den Kaiser Wilhelm als den Erben der Rechte des heiligen römischen Reichs das Recht des Veto, wie es Oesterreich, Frankreich, Spanien und Portugal besitzt. Theilweise übereinstimmend mit dieser Mittheilung wird auch hier von Personen, welche der Regierung nahe stehen, betont, daß unter den manigfachen, die Souveränität des Papstes betreffenden Fragen auch jene einer Lösung nahe gerückt werden muß, welche das Veto des Kaisers bei der Wahl eines neuen Papstes betrifft. Inzwischen verlangt man hier nicht, wie in der obigen Correspondenz berichtet wird, für den Kaiser Wilhelm das Vetorecht als Erben der Rechte des heiligen römischen Reichs. Die Forderungen, welche die Deutsche Regierung aufstellt, dürften sich den Auffassungen der übrigen katholischen Mächte nähern. Nach den uns zugehenden Informationen wird dießfalls zwar nicht die Continuität zwischen dem römisch-deutschen und dem jetzigen deutschen Kaiser als bestehend angenommen, aber man glaubt, ein Exklusivrecht bei der Papstwahl geltend machen zu können. Das Exklusivrecht sei auch früher den Souveränen vom Papste niemals verliehen worden. Die deutschen Kaiser, die Könige von Spanien u. hätten stets erklärt, daß dieses Recht das notwendige Correlat derjenigen Gerechtsame sei, welche von ihnen den Päpsten über ihre katholischen Unterthanen zugesprochen wurden. Sie hätten dieses Recht nie als katholische Souveräne, sondern als Souveräne katholischer Unterthanen in Anspruch genommen und ausgeübt. Soweit diese Informationen. Es scheint aus denselben hervorzugehen, daß im Zusammenhange mit den übrigen, die päpstliche Souveränität betreffenden Fragen die deutsche Regierung sich jetzt nicht mehr damit begnügen wird, einem neu gewählten Papste einfach die Anerkennung zu versagen. Die Organe des Papismus haben sich nicht gescheut, gerade heraus zu sagen, daß jene Nichtanerkennung ein Schlag in's Wasser sein würde. Man zweifelt in hiesigen liberalen Kreisen nicht, daß die Regierung dießfalls offene Bekämpfung der Ultramontanen registriert habe und nach dem Grundsatz handeln werde, daß man auch von den Lehren seiner Feinde Gewinn ziehen könne. — Die Ultramontanen begrüßen die Nachricht auswärtiger Blätter, daß die Verhandlungen mit dem Fürsten Hohenlohe betreffs seiner Ernennung zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten und

wegen der Stellvertretung während der Beurlaubung des Fürsten Bismarck noch nicht zum Abschlusse gelangt sind, mit nicht geringem Behagen. Fürst Hohenlohe gehörte als bairischer Ministerpräsident zu den enragirten Gegnern der Clericalen und die bairischen Mitglieder der Centrumsfraction haben es stets als ein großes Unglück bezeichnet, wenn dieser Staatsmann zur Leitung der auswärtigen Geschäfte im deutschen Reich berufen werden sollte. Die hiesigen Ultramontanen lassen deshalb den Fürsten mit Instructionen des Reichskanzlers nach Paris abreißen, welche darauf hinauslaufen, die französische Regierung von einer Einmischung in die Action der deutschen Regierung gegen die päpstliche Souveränität abzuhalten. Die Papisten wollen damit sagen, daß sich Fürst Hohenlohe in Paris bemühen solle, die Neutralität Frankreichs in Sachen des Garantie-Vertrages zu gewinnen, damit die italienische Regierung sich willfährig zeige, den § 18 dieses Gesetzes zu modifiziren. Wir wissen nicht, aus welchen Quellen die Clericalen ihre Nachrichten schöpfen, aber gewiß ist es, daß diese Combinationen in unterrichteten Regionen bestritten werden. Die Anwesenheit des Fürsten Hohenlohe, sagt man, habe sich weder darauf, noch auf eine Organisation des auswärtigen Amtes bezogen, die unmittelbar ins Leben gerufen werden sollte. In der Geschäftsleitung des auswärtigen Amtes würde demnach vorläufig auch keine Veränderung eintreten. Herr von Radowski bleibt in seiner bisherigen Thätigkeit beim auswärtigen Amte. Von einer anderweitigen Verwendung des gewandten Staats-Secretärs von Bülow war nur im Falle der Ernennung des Fürsten Hohenlohe zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Rede, da man Herrn v. Bülow nicht eine Stellung hätte zumuthen wollen, in welcher er einem neuen Minister untergeordnet wäre. — Im Herrenhause rufen sich die Frommen, dem all zu weltlichen Gebahren der Commission des Abgeordnetenhauses, welche den Gesetzentwurf über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens berathet, einen Strich durch die Rechnung zu ziehen. Mit aller Entschiedenheit wollen sie sich gegen das von der Commission angenommene Amendement kehren, welches den Pfarrer von dem Vorstehe des Kirchenvorstandes ausschließt. Goffentlich wird die neue Fraction des Herrenhauses die Wünsche der conservativen Lords, das Kirchenvermögensgesetz zum Scheitern zu bringen, durch eine gemeinsame Haltung zu vereiteln wissen. Man betont in Abgeordnetkreisen diesen Wunsch recht lebhaft, weil auch Mitglieder der neuen Fraction für den Pfarrer als Vorsitzenden des Kirchenvorstandes schwärmen sollen. — Die Reconvalescenz des Abgeordneten Lasker wird nach zuverlässigen Mittheilungen durch Complicationen gestört, welche die Besorgnis seiner zahlreichen Freunde hervorrufen. Leider ist es gewiß, daß jetzt eine Lungenentzündung ausgebrochen ist, welche den geschwächten Körper hart angreift. Allerdings ist der Verlauf der Entzündung ein normaler, aber ein sicheres Prognostikon auf baldige Genesung läßt sich nicht vor circa 8 Tagen stellen.

[Zu dem heutigen sechszigsten Geburtstage] des Fürsten Bismarck bringt der „Prov.-Corresp.“ einen Artikel, der in folgender Weise schließt:

Als das erhabene Ziel der Einheit und Wiederaufrichtung Deutschlands nach ungläublichen Anstrengungen, aber auch mit unerglichem Ruhme erreicht war, da hätte der Fürst, wenn er nur sein persönliches Interesse zu nahe ziehen wollte, sich wohl der Ruhe, der er bedurfte, hingeben mögen. Aber so oft auch die dringende Mahnung an ihn herantrat, die ihm verlebte Kraft endlich zu schonen, — die Hingebung für die große Sache, der er sein Leben gewidmet, die Hingebung für Kaiser und Reich, und zwar die persönliche tiefe Verehrung und Treue gegen seinen Kaiser und König, ebenso wie die begeisterte Hingebung für das neu erstandene deutsche Gemeinwesen, dessen trautes Erbtheil ihm unablässig am Herzen liegt, haben ihn immer und immer wieder sein eigenes Wohl und Interesse hintansetzen lassen.

Und — wie er selbst dem Werke, das er geschaffen hat, fort und fort aus innerem Drange seine Kraft widmet, so ist es auch der deutschen Nation inniger Wunsch und höchste Befriedigung, die Pflege und Leitung ihrer Angelegenheiten fortgesetzt in seiner sicheren Hand zu wissen. In dem großen Kampfe zumal, in welchem Deutschland zum zweiten Male den Vortritt unter den großen Staaten genommen hat, in dem Kampfe für wahre Geistes- und Glaubensfreiheit folgt unter Volk mit vollstem Vertrauen der Führung des hohen und thatkräftigen Geistes, welcher bei all seinem Wirken bewährt hat, daß er wie kein Anderer große weltgeschichtliche Aufgaben klar zu erfassen und siegreich durchzuführen vermag.

Wir hoffen und vertrauen, daß dem Kanzler auch das jetzige erhabenste Werk zum Segen Deutschlands und zur dauernden Sicherung des religiösen Friedens bald vollauf gelingen, und daß es ihm und dem Vaterlande vergönnt sein werde, sich der Erfolge seines schöpferischen Wirkens noch lange in ruhiger gesegneter Entwicklung zu erfreuen.

D. R. C. [Fürst Bismarck] wird heute Abend aus Lauenburg zurück erwartet. Die beabsichtigte Reise nach Vargin dürfte der Reichskanzler voraussichtlich vor Mitte April nicht antreten. Für den Geburtsstag des Fürsten sind in hiesigen wie auswärtigen Privatkreisen große Vorbereitungen getroffen worden.

D. R. C. [In den Bureaus des großen Generalstabes] werden jetzt die Vorbereitungen für die im bevorstehenden Sommer stattfindenden militärischen Uebungen, Manövers u. s. w. getroffen. Namentlich erfordert das große, in diesem Jahre in Schleien stattfindende Kaisermandöver für die kartographische Abtheilung des Generalstabes eine umfangreiche Thätigkeit, da die sämtlichen hierzu erforderlichen Generalstabskarten einer genauen Revision unterworfen werden müssen, um jede, seit der letzten Revision vorgenommene locale Veränderung, als Anlage neuer Wege und Chaussees, Errichtung neuer Stabissements, Anlegung neuer und Beseitigung alterer Brücken u. s. w. in dieselben hineinzugehen. — Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleichzeitlich nicht unerwähnt lassen, daß bei der in Rede stehenden Abtheilung des großen Generalstabes für die neu anzufertigenden Generalstabskarten an Stelle der bisher gebräuchlichen Lithographie der viel feinere Arbeit liefernde Stahlstich neuerdings eingeführt ist, so daß diese neueren Arbeiten nach keiner Seite hin irgend etwas zu wünschen übrig lassen.

Hannover, 31. März. [Der Herzog Engelbert von Arenberg-Meppen.] Ständesober in der Provinz Hannover, ist am ersten Oftertage im Schloß Haverst vor Löwen gestorben. Der 1824 geborne Herzog, welcher 1861 zur Regierung kam, hinterläßt eine Wittve mit zwei Töchtern, die Regierung geht über auf seinen 1826 geborenen Bruder Anton, der als Privatmann in Brüssel lebt und mit einer Gräfin Merode verheirathet ist. Zwei Söhne von ihm dienen in der preussischen Armee. Der Herzog von Arenberg war gewöhnlich der Bundesrath Mitglied der Ersten Kammer der hannoverschen

Ständeversammlung; er hat seinen Sitz aber dort ebensowenig eingenommen, wie im Staatsrath und im hannoverschen Provinziallandtag, zu dessen virstimmberechtigten Mitgliedern er ebenfalls gehörte. Der Herzog war auch erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses. Der Verstorbenen hat sich um die Interessen der Provinz Hannover gar nicht bekümmert; über die ihm verbliebene Verwaltung und Justiz entstanden oft Differenzen mit der hannoverschen beziehungsweise preussischen Regierung. Bekanntlich hat das Abgeordnetenhaus sich auch noch in der gegenwärtigen Session mit einem Gesetzentwurf über die Regelung der Gerichtsbarkeit in Arenberg-Meppen beschäftigt, der noch das Herrenhaus zu passieren hat.

Hannover, 31. März. [Glückwunschadresse.] Die von den Mitgliedern des Magistrats, der Behörden, den Vorstehern der Bürgergesellschaft und den hiesigen Corporationen an den Reichskanzler Fürsten Bismarck gerichtete Glückwunschadresse ist heute von hier abgegangen.

Bochum, 31. März. [Ueber den Verlauf der Affaire Blum.] In den letzten Tagen auch die telegraphischen Honneurs erwiesen wurden, wird der „Germania“ aus „zuverlässiger Quelle“ — Schwarz malt also ins Schwarze — das Folgende mitgetheilt:

„Am 22. d. Mts. stellte sich Herr Redacteur Blum zur Einlösung des gegebenen Ehrenwortes in Gegenwart zweier Zeugen auf dem Bureau des Untersuchungsrichters zur Haft. Der Richter war durch die Feier des Geburtstages des Kaisers vom Bureau ferngehalten und befand sich beim Diner. Blum schied nach dem Festlokal (Harmonie), von wo ihm der Befehl wurde, er solle nach der Kanzlei gehen und sich dort melden. Er that dies und daselbst wurde ihm folgendes klassische Document übergeben:

„Dem Redacteur Josef Blum wird befohlen, daß vor seiner Verhaftung wegen Vergehen im Sinne der §§ 185, 131 des Reichsstrafgesetzbuches beschloffen ist, ihm zur Regulirung seiner Angelegenheiten einen Urlaub bis zum 27. d. erhalten habe.“

Bochum, 22. März 1875. Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I. Der Untersuchungsrichter. Berentkamp.

Der Concipient des Actenstückes muß offenbar bereits in hochfeierlicher Stimmung gewesen sein, ob er aber überhaupt Deutsch versteht, ist trotzdem fraglich. Nach dem Empfang dieses Schriftstückes ging Blum in pflichtgemäßer Befolgung des Ausweisungsbefehles der königlichen Regierung zu Arnberg — auf Reisen, um sich im Auslande eine fernere Existenz zu gründen.

Mit der „Einlösung des Ehrenwortes“ will's wohl so scheinen, steht aber doch, meinen wir, schief darum und trotz aller Späße über amtliches Deutsch dürfte der Urlassschein doch nicht zu einer Quittung über das eingelöste Wort zu stempeln sein. Und bedenkt man, daß Kossiolet von Berlin, Wendt von Münster, Fußangel von Düsseldorf und wohl noch einige andere sich ohne pflichtgemäße Befolgung eines Regierungsbefehles auf Reisen begeben haben, so wäre es wohl gerathen, Angesichts der Folgen, die solche Domizilwechsel für die gesamte ultramontane Journalistik haben können, den Ton etwas herabzustimmen.

Vom Niederrhein, 31. März. [Erhöhung geistlicher Gebühren.] Die „D. B. C.“ meldet: Angesichts der Einbußen, welche die Zurückziehung der Staatszuschüsse zu den Kosten der vatikanischen Kirchenverwaltung herbeiführen wird, hat der Herr Erzbischof zu Köln bereits wohlweise Fürsorge getroffen, daß die Säcke der Kirche doch nicht leer werden. An einem der letzten Sonntage verkündete unser geistlicher Herr nach Beendigung seiner Predigt von der Kanzel herab, daß der Herr Erzbischof Kraft der ihm ertheilten Vollmacht die Gebühren für das Messelesen (von circa 12 Sgr.) auf 1 Thlr. erhöht und Jeder männlich sich darnach zu richten habe. Aber dennoch klagt der Clerus den Leuten von dem furchtbaren Steuerdruck des Staates vor!

Wiesbaden, 31. März. [F. J. Kraß.] In Wiesbaden ist am 27. der Kammerpräsident bei dem Königl. Landgerichte zu Köln, F. J. Kraß, 65 Jahre alt, gestorben. Der Dahingegangene war vielfähriges Mitglied des Hauses der Abgeordneten und des Reichstags für den Kreis Gladbach, bis die Ultramontanen ihn zum Rücktritt zwangen.

Fulda, 30. März. [Die heute beginnende Bischofs-Conferenz] wird voraussichtlich zwei Tage währen. Angeblich wird ein Hirtenbrief an Clerus und Laien anlässlich der neuesten kirchenpolitischen Gesetgebung verfaßt.

Fulda, 31. März. [Eine Ergänzung des durch den Tod des Dom-Dechanten Dr. Labrenz nicht mehr vollzählten Domcapitels] dürfte in der nächsten Zeit wohl schwerlich zu erwarten sein, da die Regierung an ihre Befähigung jedenfalls die Bedingung der vorherigen Anerkennung der Mai-Gesetze knüpfen wird. Die Geschäfte des Dom-Dechanten (Capitels-Verwesers) werden bis auf Weiteres stellvertretend — wie wir hören, durch Capitular und Bischofs-Verweser wahre — besorgt.

Aus Bayern, 31. März. [Die bayerischen Behörden] machen zur Zeit — wohl im besonderen Auftrage des Cultusministeriums — wieder auf die von genanntem Ministerium unterm 2. September 1873 erlassene Entschließung des Collegium germanicum in Rom betreffend, aufmerksam, wonach den bayerischen Theologen und Theologie-Candidaten der Eintritt in genanntes Collegium so lange untersagt ist, als dessen Leitung den Jesuiten oder einem denselben verwandten Orden unterstellt ist. Es wird hierbei gleichzeitig aufmerktsam gemacht, daß durch Uebertretung dieses Verbots sich die Betheiligten von selbst von jeder erfolgreichen Bewerbung um inländische kirchliche Pfründen ausschließen.

Stuttgart, 31. März. [Der Cassationshof] hat dieser Tage die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das den verantwortlichen Redacteur des „Beobachters“ zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilende Erkenntnis des hiesigen Kreisgerichts wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck verworfen.

Schwiz.

Bern, 28. März. [Zur Ausweisung renitenter Geistlichen.] In der Sitzung, in welcher der Bundesrath beschloß, in Sachen des Recurses gegen die Ausweisung der renitenten katholischen Geistlichen aus den jurassischen Amtsbezirken des Cantons Bern die Berner Regierung nochmals zur Vernehmung auszufordern, hat derselbe, so schreibt man der „N. Z.“, auch die von 9100 jurassischen Bürgern unterzeichnete Eingabe behandelt, welche die Rückerstattung der Kirchen- und Kirchengüter sowie die Wiederherstellung des römisch-katholischen Cultus im Jura verlangt. In dieser Frage hat der Bundesrath, ohne sich nochmals an die Berner Regierung zu wenden, sofort Nichterkenntnis erkannt, weil das gestellte Begehren in der Bundes-

verfassung keine Begründung hat, da dieselbe weder Rechte einer bestimmten Kirche noch solche der Gesamtheit ihrer Befürworter in einem Cantone kennt und die Bundesbehörden nach Artikel 50, Lemma 3 der Bundesverfassung nur in dem Falle verpflichtet sind, eine Entscheidung zu treffen, wenn von einer neugebildeten oder abgetrennten speziellen Religions-Gemeinschaft behauptet und nachgewiesen wird, daß ihre Ansprüche auf ein bestimmtes Kirchengut von den Inhabern desselben streitig gemacht werden.

[Herr Perroulaz.] Da der hiesige katholische Pfarrer Perroulaz der Aufforderung, seine pfarramtlichen Functionen wieder aufzunehmen, nicht nachgekommen ist, so hat die Regierung des Cantons Bern beim Appellationshofe seine Absetzung beantragt und ihn bis zum Gerichtsentscheid vom Amte enthoben. Gleichzeitig hat sie die vom Kirchen-Gemeinderathe getroffene Wahl des Herrn Hartmann aus Niederbairern zum Pfarrverweser genehmigt.

[Vom Gotthardtunnel.] Laut dem bundesrätlichen Bericht über den Fortgang der Gotthardbahnbauten war der Richtstollen des großen Gotthardtunnels Ende Februar von 3174,7 Meter Ende Januar auf 3358,9 Meter vorgebracht; die Erweiterung von 1337,5 auf 1404,7; der Sohlenstich von 941,0 auf 1066,3; die Straße von 418,6 auf 448; das Gewölbe von 458,6 auf 534; die östlichen Widerlager von 204,3 auf 236,9; die westlichen Widerlager von 229,8 auf 229,6; der Abflussschiff von 126 auf 126 Meter; ebenso blieb der Sohlaustrich auf 233 Meter stehen wie Ende Januar. Im Durchschnitt wurden am großen Gotthardtunnel im Februar täglich 2236 Arbeiter beschäftigt; Maximum 2497; auf den Tessiner Thalbahnen durchschnittlich täglich 1030 gegen 1572 im Januar.

Frankreich.

* Paris, 29. März. [Der Orient und Deutschland.] Verschiedene hiesige Blätter, die „Republique française“ voran, ergeben sich in tiefen Combinationen über orientalische Politik, und wie immer laufen dieselben darauf hinaus, daß Deutschland im europäischen Concert isolirt werden soll. Die „Republique“ ist geneigt, den Abseher des Kaisers von Oesterreich nach Cattaro für das Wichtigste an seiner ganzen Reise zu halten; es soll daraus hervorgehen, daß Oesterreich mit Rußland zusammengehen wolle, um die kleinen Nationalitäten an der Donau zu schützen. Gegen wen? Vermuthlich gegen die Germanisirung durch Carl von Rumänien, vielleicht auch gegen ihre eigenen Gefühle, künftige Scandaler anzuzetteln. Genug, die italienische Reise des Kaisers Franz Joseph soll um jeden Preis zu einer Demonstration gegen Deutschland umgedeutet werden! Es geht aus diesen Bemerkungen hiesiger Blätter nur ihre tiefe Verkennung des deutschen Standpunktes hervor, der doch so einfach ist. Deutschland hält dafür, daß der Friede im Orient wie in ganz Europa um so besser gesichert ist, je enger die Großmächte unter sich sind, je mehr die Reste alter Feindschaften und Zwistigkeiten, welche durch die Geschichte unseres Jahrhunderts zwischen einzelnen Staaten geworfen worden sind, aus der Welt verschwinden. Darum hat es seiner Zeit die Brücke zwischen Oesterreich und Rußland schlagen helfen; darum sieht es auch mit Befriedigung, daß die völlige Ausöhnung zwischen Oesterreich und Italien jetzt besiegelt wird. An der Befestigung des Friedens, die dadurch erzielt wird, werden auch hässliche Deutungen nichts ändern.

[Die Regierung und die Reaction.] Endlich, schreibt man der „N. Z.“, hat Dufaure ein Rundschreiben an die Präfecten durchgeseht, worin Buffet als Minister des Innern dieselben auffordert, sich der Politik des 25. Februar gemäß zu benehmen. Aber leider ist diese Politik durch Buffet's berühmte Erklärung eine so matte, daß jeder jede Haltung dadurch beschönigen kann, vorausgesetzt, daß sie reactionär und antirepublicanisch ist. Darüber ist aber kaum noch ein Wort zu verlieren, denn der Schwerpunkt dieser „conservativen“ Richtung liegt im Elysée, da Mac Mahon nach wie vor für die „moralische Ordnung“ schwärmt und die Jesuiten wie die Bonapartisten ihn in diesen „Ideen“ bestärken. So lange Mac Mahon noch die Möglichkeit findet, die Republik nicht zur Wahrheit werden zu lassen, wird er sicher seine Politik nicht ändern. Dies gehört ohnehin zum Geschäft eines französischen Staatsoberhauptes, wie die Geschichte aller seit dem Tage, wo Napoleon Bonaparte erster Consul wurde, lehrt. Die republikanischen und liberalen Blätter halten es für ihre Pflicht, dagegen anzukämpfen, sie spielen aber die traurige Rolle der Räder, die ein leeres Faß mit Wein füllen, den die Straße trinkt. Die Ultramontanen zumal reiben sich dabei frohlockend die Hände und weisen auf die Blüthe ihrer Saaten hin, die in den Oftertagen erscheinen. Die Oftercommunion in Notre Dame, der fünf- bis sechstausend Menschen beiwohnten, dient dem „Univers“ zum Thema für eine Predigt, worin es heißt: „Der Glaube bietet der Revolution Trost, er protestirt gegen die verführten Hoffnungen der zeitgenössischen Secten, wie er den Theorien der alten Regierungen Trost bietet und Niederlagen bereitet; er ist unverwundlich und immer lebendig; er steigt mitten im Sturm und über Abgründen. Zum Himmel gehen wir, dahin führt uns das Kreuz; zum Pfand unserer Hoffnung haben wir stets die Engel als Zeugen, das Schweisstuch und die Kleider und diesen ungenügten Rock, den man nicht zerheilen wird und den die Hölle Christi selbst unverletzt aufbewahren werden.“ Das „Univers“ bringt auch eine Liste der hohen Herren, die mit ihren Söhnen der Feier anwohnten, voran die Prinzen von Orleans, dann Deputirte und Minister, darunter Buffet, Broglie, Wallon und Audiffret-Pasquier. Es folgt ein Anruf an die Polizei: „Die Freidenker haben endlich einen berühmten Leichnam, um ihn in Paris spazieren zu fahren; sie hoffen, mit diesem Todten eine Rundgebung ihres Cultus zu machen. . . . Wir hoffen, daß die Polizei zuvor kommen wird, um die Reueigenen, deren Zulauf einer erbärmlichen, im voraus mißglückten Rundgebung einige Bedeutung geben könnte, zurückzuhalten.“ So spricht die christliche Bruderliebe der Beuillottisten am Ofterfest. Und diese Fanatiker haben die Erziehung der französischen Jugend in der Hand!

[Zur Charakteristik der gegenwärtigen Regierung.] Der „Moniteur“ enthält folgende auffallende Mittheilung: „Wir theilten bereits mit, daß die Deputirten der verschiedenen Gruppen der Linken bei dem Minister des Innern, Herrn Buffet, Schritte gethan, um ihn zu bestimmen, daß er seine Präfecten-Veränderung im constitutionellen, d. h. im anti-bonapartistischen Sinne vornehmen möge, und fügten hinzu, daß diese Schritte wenig Aussicht auf Erfolg hätten. Man versichert heute, daß Herr Buffet auf ein Gesuch dieser Art, welches fünf Deputirte der Haute-Garonne an ihn richteten, ihnen die politischen Gründe auseinandersetzte, welche ihn nöthigten, auf der Richtschnur zu beharren, die er der Nationalversammlung sofort nach der Uebernahme des Cabinets angedeutet habe. Nach der Meinung Buffet's ist es unmöglich, das Verwaltungspersonal ernstlich zu modificiren, wenn man nicht Verwirrung in das Land werfen will. Dieses Personal habe bei seinem Auftreten, das man ihm zum Vorwurf mache, nur die ihm gewordene Instruction befolgt, und Herr Buffet will, in so fern es ihn betrifft, die Beamten nicht bestrafen oder tadeln, weil sie den von seinen Vorgängern gegebenen Befehlen gehorcht haben. Mit einem Worte, der Minister des Innern glaubt, daß die jetzigen Präfecten mit wenigen Ausnahmen im Amte bleiben können und müssen, und daß, um den Nothwendigkeiten des Augenblicks Genugthuung zu

geben, es genüge, den Departemental-Verwaltungen sehr klare, sehr bestimmte Weisungen über das Auftreten zu geben, welches sie der neuen von den Staatsgesetzen geschaffenen Ordnung der Dinge gegenüber zu befolgen haben. Nach dieser Zusammenkunft gaben die Deputirten der Haute-Garonne ihren Kollegen vom linken Centrum und der Linken Kenntniß von den Gesinnungen des Ministers, und es wurde beschloffen, die erste Gelegenheit, wahrscheinlich die Sitzung des ständigen Ausschusses am nächsten Donnerstag, zu benutzen, um den Minister zu erklären, daß die constitutionelle Majorität der National-Versammlung keine Schwierigkeiten mache, um mit ihm anzuerkennen, daß der häufige Präfectenwechsel den Interessen des Dienstes und selbst denen der Bevölkerung schade; daß jedoch in dem vorliegenden Falle ein so fühlbarer Unterschied zwischen einer aus der Politik vom 24. Mai hervorgegangenen Verwaltung und der Bestände, welche die gemäßigten Meinungen von einer Regierung erwarten können, die damit betraut sei, die am 25. Februar geschaffenen Staatsgesetze in Ausführung zu bringen. Wenn man allenfalls zulassen könne, daß die Beamten von den Wechseln der Politik unberührt seien, so müsse man wenigstens Vorbehalte für die machen, welche ihre Erhebung nicht ihren Diensten, sondern einfach dem mehr oder weniger großen Antheil verdanken, den sie an der parlamentarischen Bewegung vom 24. Mai genommen haben. So ist, glauben wir, die Lage. Für den Augenblick beschränken wir uns, sie anzudeuten, indem wir den Wunsch ausdrücken, daß das Einverständnis zwischen dem Ministerium und den verschiedenen Bruchtheilen der Majorität erhalten bleiben möge. Herr Buffet widersteht der Uegebild des linken Centrums; darin handelt er seinem ministeriellen Programm gemäß, aber er darf nicht den Widerstand mit dem Nichtsthum verwechseln.“ Wie frei der Minister des Innern übrigens gegenwärtig die bonapartistischen Beamten und Maires schalten und walten läßt, geht daraus hervor, daß er mehrere derselben (unter ihnen befindet sich der Maire von Baisiac, Tarn et Garonne) nicht bestrafe, obgleich sie seit dem 25. Februar das „Republique française“ in „Etat français“ auf den amtlichen Stempeln und Documenten umändern ließen.

[Ueber das Leichenbegängniß Edgar Quinet's] berichtet man der „N. Z.“:

Erst heute Morgen erfuhr man durch die republikanischen Blätter, die ungeachtet des gestrigen Feiertages erschienen waren, daß Edgar Quinet heute auf dem Kirchhof Mont Barnasse begraben werde und daß man seine sterblichen Ueberreste auf der Place du Roi de Rome erwarten sollte, da der Leichenzug, der um 11 Uhr von Versailles abgehe, um 1 Uhr an der Brücke von Jena, die am Fuße des Platzes liegt und zum Marsfeld hinüberführt, eintreffen werde. Die Familie hatte das Leichenbegängniß erst heute ankündigen lassen, weil die Polizeibehörden Schwierigkeiten gemacht hatten und man diese erst beseitigen wollte, damit es nicht wie bei dem Leichenbegängniß von Victor Hugo geschehe, bei welcher Gelegenheit die Polizei den Leichenzug zwang, einen anderen Weg zu nehmen als den, welchen man in den Zeitungen angekündigt hatte, so daß alle Welt getäuscht wurde. Wie gewöhnlich in solchen Fällen hatten die Behörden große Vorsichtsmaßregeln getroffen. Ueberall wimmelte es von Polizeibeamten und die Truppen der Kasernen des Faubourg St. Germain und des Marsfeldes waren conquirent worden.

Der Leichenzug verlief um 11 Uhr Versailles. Er bestand aus einem höchst einfachen Leichenwagen fünfter Klasse; auf dem Sarge lag ein Blumenstrauß, und vier Trauerwagen folgten, in welchen sich die Gemahlin des Verstorbenen mit ihren Freunden und ihrer Familie und die Deputirten Millaud, de Mahy, Ferronillet, Valentin u. A. befanden. Als der Zug an der Grenze des Reichthums von Versailles ankam, ward einen Augenblick halt gemacht, weil der Abbot Albert Joly eine Rede im Namen der Versailles Demokratie hielt. Bei der Ankunft in Paris, die durch das Thor St. Cloud erfolgte, schlossen sich dem Leichenzuge noch fünf Fiakers an, von denen einer Victor Hugo und Baccusier enthielt. Um 1 Uhr 20 Minuten traf der Zug am Eingang des Pont de Jena an. Die aus etwa 5- bis 6000 Personen bestehende Menge eilte, als sie des Zuges ansichtig wurde, nach der Brücke zu, indem sie gewaltig „Vive la Republique“ ausrief.

Der Leichenzug hielt höchstens eine Minute und setzte sich dann über die Brücke und die Quais nach der Esplanade der Invaliden in Bewegung, wo mehrere Tausende auf die Leiche harrten, und von dort nach dem Kirchhof Mont Barnasse. Die Menge, die sich auf dem Place du Roi de Rome angesammelt hatte (unter derselben befanden sich Gambetta, der aber wenig beachtet wurde, Emanuel Arago, Laroche, Floquet, Louis Blanc, Mabier de Montjan, Arnaud (de l'Arriege), viele andere Deputirte und fast der ganze Gemeinderath der Hauptstadt), schloß sich dem Leichenzuge an, ein Gleiches thaten die, welche auf der Esplanade der Invaliden und den übrigen Punkten warteten, über welche die Leiche kommen sollte, und als man um 2 Uhr 25 Minuten auf dem Kirchhofe ankam, betrug die Zahl der Leidtragenden 20-30,000. Auf dem Kirchhofe und in dessen Umgebungen waren große Vorsichtsmaßregeln getroffen. Ueber 5-600 Polizei-Agenten waren dort thätig und ließen nur einen kleinen Theil der Leidtragenden in den Kirchhof ein, woselbst sich aber schon vorher Tausende von Menschen eingefunden hatten. Die Menge verhielt sich jedoch ganz ruhig. Nur ertönte fast ohne Aufhören der Ruf: „Es lebe die Republik!“ Die letzte Aufstellung, welche man dem berühmten französischen Schriftsteller bereitet, liegt etwas abgelegen. Man war deshalb genöthigt, den Sarg von dem Leichenwagen herabzunehmen und ihn bis zum Grabe zu tragen. In diesem Augenblicke ertönte stärker denn je der Ruf: „Es lebe die Republik!“ Derselbe galt dieses Mal Victor Hugo, der mit der Frau des Verstorbenen dicht hinter dem Sarge einmarschirte. Man umringte ihn, drückte ihm die Hände und rief fast mit drohender Stimme: „Honneur au proscrit!“ Diese Rundgebung selbst galt nicht sowohl der Person des Dichters, es war vielmehr ein Ausdruck des Volkswillens gegen die Regierung des Staatsstreichs und gegen die Bonapartisten überhaupt.

Ob diese Demonstration der Polizei mißfiel oder ob sie nur verhindern wollte, daß der Juchz nach der Gruft zu groß werde, weiß ich nicht; kaum waren aber die Aulse zu Gunsten Victor Hugo's verstummt, als plötzlich eine Schaar von 150 bis 200 Polizeibeamten sich über den ganzen Weg ausstellte, welcher nach dem Grabe führte, um den Rest der Leidtragenden zu verhindern, sich dem Grabe zu nähern. Die Menge drängte aber vor, es entstand ein furchtbarer Tumult und die Polizeibeamten mußten weichen. Einer derselben wurde zu Boden geworfen, raffte sich aber auf, zog seinen Säbel und stand im Begriff auf die Menge einzuhauen, als ein Officier de paix vordrang und ihn zur Ruhe bewies. Zugleich sprang der Deputirte Rodroy vor und forderte in einigen kurzen Worten die Anwesenden auf, sich ruhig zu verhalten und sich des großen Todten würdig zu zeigen. Dies wirkte und die Polizeibeamten ließen die Menge nun ganz ruhig gewähren. An die Todtengruft zu gelangen, war schwer oder vielmehr unmöglich. Eine dicke Menge hatte sich seit Morgens 9 Uhr um dieselbe angesammelt, und ihrem Correspondenten war es daher unmöglich, die Reihen zu durchdringen, die dort gehalten wurden. Zuerst sprach Victor Hugo im Namen der Verbannten des Kaiserreichs, zu denen der Verstorbene bekanntlich ebenfalls gehörte. Laboulaye ergriff das Wort im Namen des Collège de France, dem Quinet angehörte. Brissot, Präsident der „Union Républicaine“ (des radicalen parlamentarischen Vereins) sagte dem Verstorbenen im Namen seiner Kollegen Lebewohl. Der letzte Redner war Gambetta. Alle Redner wurden mit dem tausendfältigen Ruf: „Es lebe die Republik!“ begrüßt. Als Victor Hugo geendet, ertönte auch vielfach der Ruf: „A bas l'Empire!“ Die Ceremonie endete um 4 1/2 Uhr, aber noch lange nachher hörte man auf dem Kirchhof und in dessen Umgebung die Aulse: „Es lebe die Republik!“

Großbritannien.

* London, 27. März. [Die Königin] ist heute nach Chislehurst gefahren, um der Kaiserin Eugenie einen kurzen Besuch abzustatten.

[Army-Reforms] ist der Titel einer kleinen Schrift aus der Feder des Parlamentsmitgliedes für Hadney, J. Holms. Sie recapitulirt kurz die Umgestaltungsversuche, zu welchen die continentalen Kriege seit 1866 England veranlaßt und stellt als Muster für zukünftige Reform die preussische Armeeorganisation hin. Troßdem Mr. Holms ein Radicaler ist, kann er doch den Forderungen seiner radikalen Gesinnungsgenossen auf Verminderung des englischen Heeres nicht bestimmen. „Ich würde sehr gern — sagt er in der Vorrede — die Abschaffung unseres stehenden Heeres befürworten und den Schutz unseres Landes einzig in unserer Flotte suchen. Aber wenn ich die Anstrengungen Rußlands, Frankreichs und Deutschlands in Vermehrung ihrer Flotten betrachte, wenn ich ferner erwäge, zu welchen Arbeiten unsere Flotte in Rücksicht auf unsere auf der ganzen Erde zerstreuten

ten Besetzungen aufgerufen werden könnte, so dürfen wir, trotz unserer friedfertigen Neigungen, doch als Wächter unserer Ehre und Sicherheit uns nicht auf eine einzige Vertheidigungsart (zur See) verlassen. Wir müssen deshalb unser Heer so stark wie möglich und so ausdehnungsfähig wie möglich erhalten. Erfüllt unser Heer diese Bedingungen?“ Diese Frage glaubt Mr. Holms verneinend beantworten zu müssen. Die Warnung, welche uns der Feldzug von 1866 gab, ging wirkungslos vorüber. Im Jahre 1870 zeigten uns die Herbstmanöver, daß wir kaum im Stande waren, 40,000 Mann im Kriegsbereitschaft außer Landes zu schicken. Und dabei verwandten wir auf unsere heimischen, Colonial- und indischen Truppen die riesige Summe von 34,000,000 £. (gleich 680 Millionen Mark), während die Kosten der deutschen, französischen und österreichischen Heere zusammen nur 32,450,000 £. betragen und unsere Mannschaft kaum ein Viertel der übrigen ausmachte. — Nach einer Kritik von Cardwells Reformen stellt Mr. Holms seinen eigenen Plan auf. Derselbe umfaßt zwei Punkte: 1) die Schaffung einer 2- bis 3-jährigen Dienstzeit unter den Waffen, nebst einer längeren Reserve und 2) eine bessere Organisation, die sich an die Einrichtung der preussischen Armee anlehnen soll. Letztere betrachtet er als die einzig vernünftige Eintheilung. Das Heer soll nach seiner Ansicht aus fünf bis sechs detachirten Körpern bestehen, welche vollständig in sich selbst seien und Infanterie, Cavallerie und Artillerie einschließen. Jeder dieser Heereskörper werde von einem Generalleutnant befehligt, auf dem die volle Verantwortlichkeit für das Corps ruhe; auf diese Weise bilde sich unter den verschiedenen Corpsführern ein gewisser Wettstreit aus, dessen das englische Heer bis jetzt ermangele. Zum Schluß bezieht Mr. Holms das dazu erforderliche Budget auf 10,400,400 Pfd. Sterl. per Jahr, und die Stärke des davon erhaltenen Heeres auf 88,000 Mann, welche nach einem Zeitraum von 12 Jahren sich sofort auf 250,000 Mann vermehren ließen, abgesehen von 170,000 Freiwilligen und 10,000 Mann Yeomanry. — In militärischen Kreisen soll die Schrift durch ihre Klarheit und ihre praktische Bedeutung großes Aufsehen machen.

[Aus Süd-Wales.] In der Arbeiterperre in Süd-Wales zeigt sich keine Hoffnung auf Ausgleich. Trotz des herrschenden Glends bleibt ein großer Theil der Arbeiter bei der Forderung des unbedingten Lohnes stehen. Die Zahl der Auswanderer aus dem betroffenen Bezirke mehrt sich täglich; die meisten derselben gehen in die australischen Colonien.

Rußland.

— St. Petersburg, 25. März. [Der Adel und die Landgemeinde.] „Was sollen wir sein?“ Die gegenwärtige Session der Petersburger Adels-Corporation scheint eine recht bemerkenswerthe werden zu wollen. Es handelt sich um die Organisation der Landgemeinde, in Betreff welcher in Folge der Emancipation eine Menge Fragen aufgetreten sind, die einen brennenden Charakter annehmen anfangen. Der russische Adel ist bekanntlich nicht feudal gesinnt; er repräsentirt bei uns vorwiegend die Intelligenz, indem die hervortragenden Capacitäten anderer Stände in Folge ihrer Verbienste — durch Rang und Auszeichnungen gewisser Art — ohne Weiteres einen Platz unter der Aristokratie sich erwerben können. Es mangelt dem russischen Adel somit vollständig der Ahnenstolz und die Exclusivität, und ein russischer Edelmann von der ältesten Race steht einem jüngeren bedeutend nach, sobald letzterer im Civil- oder Militärdienst oder in Wahlposten dem Vaterlande und der Gesellschaft sich nützlich zeigt. — Was nun die Landgemeinde betrifft, so hat sie den exclusiv bäuerlichen Charakter behalten, welchen sie vor der Emancipation der Leibeigenen gehabt. Die Stadtgemeinde ward bereits dahin reorganisirt, daß alle Stände an den Angelegenheiten der städtischen Commune, welcher ihre Glieder angehören, participiren können. Die Landgemeinde besteht aber sowohl in dem größeren Landgemeindebezirk, welcher „Wolosk“ heißt, wie auch in der kleineren Vorgemeinde, aus Bauern. Die Bauern haben bekanntlich nur die Nutzung an dem Communal-Eigenthum nach Maßgabe ihrer Arbeitskräfte; dafür haften die Gemeinde solidarisch für die Abgaben ihrer Glieder, und ist in mancher Beziehung über letztere in den ihrer Jurisdiction anheimgegebenen Fällen mitunter eine herbe Autonomie aus. Die Regierung hat in Betreff der Praxis der Gemeinderichte (unter Leitung des Senators Lubofschinski) wohl vor nicht so langer Zeit eine umfassende Enquete angestellt, aber sie scheute sich bis jetzt, den „alten Gewohnheiten“ der Landgemeinden zu nahe zu treten. — Indessen hat der Petersburger Adel in Betreff der Reorganisation der Landgemeinden ein Project ausarbeiten lassen, welches in diesem Augenblicke das Interesse unseres Publikums in volstem Maße in Anspruch nimmt. Es handelt sich dabei vorwiegend um die Frage, in welcher Weise der grundbesitzende Adel an den Angelegenheiten der Landgemeinden sich mittheiligen kann — ob die „Wolosk“ aus zwei coordinirten Gliedern, Rittergutsbesitzern und Dörfern, bestehen, oder ob die „Wolosk“ etwas einheitlich Ganzes bilden soll. Letzteres würde eine totale Umgestaltung der bisherigen alten Gemeindevorstände nach sich ziehen, während Ersteres den intelligenten Elementen auf dem Lande einiges Uebergewicht verschaffen würde. Wie die Verathung ablaufen wird, läßt sich nicht im Voraus beurtheilen, ebenso wenig auch die Stellung der Regierung zu der Frage. Dennoch ertönet dabei manche wesentliche Nebenfrage, deren Beantwortung durch die Lösung der Hauptfrage gegeben würde. Wie soll es z. B. hinsichtlich der Landpolizei werden, da die bisherigen Verhältnisse sich als durchaus ungenügend erwiesen haben? — In dem Vorgehen des Petersburger Adels ist in keinem Falle ein Reactionsbestreben zu sehen. Es ist allgemein bekannt, mit welchem Eifer gerade der Petersburger Adel seit 1857 sich für das werdende Werk der Bauern-Emancipation interessiert hat; ebenso muß man sich erinnern, mit welchem Eifer der Adel auf das alleinige Güterbesitzrecht, auf die Exemption von der Militärdienstpflicht verzichtet hat, und jetzt auch den Verzicht auf die persönliche Steuerfreiheit ventiliert. Dieses muß nun so mehr hervorgehoben werden, als eine im Auslande erschienene kleine russische Broschüre: „Was sollen wir sein?“ Antwort an die Redaction des „Russki Mir“ sich bemüht hat, dem Adel sowohl auch der Regierung reactionäre Motive zur Last zu legen. — Im vorigen Jahre erschienen im „Russki Mir“ diverse Artikel, welche den Adel als einziges compactes, ständlich gegliedertes Cultur-Element bezeichneten, und von diesem Standpunkt ausgehend ihm in der Verwaltung des Reichs einen größeren staatsrechtlichen Einfluß vindicirt wissen wollten, als ihm nach der Reformthätigkeit Alexanders II. zukommt. Sie behaupteten, die außerordentliche Uebereinstimmung, welche zwischen den Bauern und dem Adel bestand, wäre durch mancherlei Reformen der 60er Jahre erschüttert worden, und dennoch hat der Bauer größeres Vertrauen zu den adeligen Güterbesitzern als solchen, als zu den bureaukratischen Organen, mit denen er seitdem zu thun bekommen. Die Erbaligen wären die besten Diener des Kaisers, und die Regierung sollte die von ihr abhängigen Stipendien vorwiegend dem Adel zuwenden u. dgl. Diese Serie von Artikeln faßt die erwähnte Broschüre als eine von Semand, „der die Macht in Händen hat“ ausgehende „Offenbarung“ auf und glaubt darauf nicht anders antworten zu müssen, als im Auslande, weil in Rußland die Presse zu sehr getrübt sei. Sie hebt hervor, wie nicht bloß der Adel in Rußland sich an patriotischer Opferwilligkeit ausgezeichnet, sondern auch alle anderen Stände. Die Hauptpunkte der Broschüre ist schließlich das Verlangen, es soll in Rußland ein Senat eingerichtet werden, dessen Glieder zu einem Drittel von der Regierung, zu einem Drittel von den Landständen, zu einem Drittel von dem Senate selbst bestellt würden. — Die Artikel des „Russki Mir“ haben nicht bloß im vorigen Jahre, sondern auch neuerdings mehrfach bewiesen, daß es geradezu lächerlich ist, diesem Blatte officiöse Beziehungen nachzusagen. Andererseits beweisen gerade auch die Artikel dieses Blattes, daß man in Rußland ganz unbefangene Ansichten entwickeln kann, welche der Richtung der Regierungspolitik

nicht entsprechen. Ob vielleicht ein vornehmer Mann hinter jenem „Hofft Mir“ Artikel gestanden, weiß man nicht, und solches thut auch nichts zur Sache, denn unsere Schriftsteller und Publicisten gehören meistens den höheren Ständen an. Daß der Adel das einzige ständige und corporativ gegliederte Element in Rußland ist, läßt sich nicht verkennen, aber das Vertrauen des Volkes zum Adel gründet sich darauf, weil letzterer auf seine Vorrechte nie eifersüchtig gewesen, und der Regierung bei ihrer Reformthätigkeit zum Besten des Landes in jeder Beziehung auf das Willigste entgegengekommen ist. Es ist die Broschüre daher auf durchaus falsche Voraussetzungen hin gegründet, sie hat mit dem Senat nach ihrer Fagon etwas durchaus Unklares gesagt, und verdächtigt offenkundig diejenigen Staatsmänner, welche bei dem Emancipationsacte sich um das Volk die größten Verdienste erworben, und welche noch in den neuesten Staatsacten nur im Sinne einer aufgeklärten Freisinnigkeit gewaltet. Da die Broschüre in russischer Sprache geschrieben, also nicht auf das Ausland berechnet ist, kann man bei ihr nur ein tendenziöses Einwirken auf gewisse Kreise vermuthen — wie sollte sonst sie so kühnlich reactionäre Gelüste gerade denjenigen Staatsmännern nachsagen, deren Wirken von der ganzen Welt in anderem Sinne gefeiert wird?

Amerika.

Newyork, 12. März. [Aus dem Senate. — Zur Louisiana-Angelegenheit. — Die Civildienst-Reform.] Die am 5. d. Mts. begonnene Extra-Sitzung des Senats des 44. Congresses hat bis jetzt — so schreibt die hiesige „Handels-Ztg.“ — noch zu wenig Anhaltspunkte gewährt, an welche sich irgend sichere Schlüsse auf ihre politische Bedeutung knüpfen ließen. Eingeleitet wurde sie in dieser Hinsicht bezeichnend genug durch die von dem republikanischen Senator Morton eingebrachten Anträge in Bezug auf die ungelöste Louisiana-Angelegenheit. Diese tragen den Stempel und die offene Absicht der Indossirung der vom Präsidenten Grant verfolgten strikten Parteipolitik. Senator Morton beantragte 1) die Regierung Kellogg's formell anzuerkennen und 2) von der republikanischen Rumpfleislatur zum Vereinigten Staaten-Senator gewählten Mulatten Pinchback zum Sitz im Senate zuzulassen. Der erste Antrag steht mit dem während des vorigen Congresses vom Senate (wenigstens im Ausschusse) abgegebenen Gutachten, welches auch die Kellogg'sche Regierung als nicht zu Recht bestehend verwarf, in Widerspruch und muß bei der jetzt einigermassen veränderten Physiognomie des Senats voraussichtlich auf noch größere Hindernisse stoßen. Der zweite Antrag, die Wahl Pinchback's zu ratificiren, steht und fällt nicht nur an sich mit der Frage der Anerkennung oder Nichtanerkennung der bestehenden Regierung von Louisiana, sondern trifft auch noch auf versteckte Hindernisse in der schwerlich aufgegebenen Speculation des Präsidenten, anstatt Pinchback seinen Schwager Casey zum Sitz im Vereinigten Staaten-Senate zu befördern. Die über die Morton'schen Anträge eingeleitete Debatte veranlaßte zwar bisher einige treffliche Reden südlicher Oppositions-Mitglieder, wie Merrimon's von Nord-Carolina, wurden aber bis jetzt durch dazwischen eintretende Exekutivfunktionen, deren Gegenstand Unternehmungen und die Befestigung eines mit Belgien abgeschlossenen neuen Vertrages waren, stets unterbrochen und verspricht möglicherweise sich auf einige Wochen hin auszudehnen.

Die früher erwähnten Versuche, den Parteistreit in Louisiana durch ein Compromiß vermittelst außerstaatlicher Schiedsrichter zu schlichten, kamen zwar durch die Annahme der Wheeler'schen Vorschläge von Seiten der Vertreter der Conservativen zu einer Art von Abschluß; allein dieser modus operandi, die Erledigung constitutioneller Lebensfragen der Bevölkerung eines ganzen großen Staates der Entscheidung einiger Personen anheim zu geben, ist an sich so abnorm und gegen alle Grundsätze einer gesunden Demokratie verstoßen, daß man sich schwerlich der Erwartung hingeben kann, auf diesem Wege die unglückseligen Wirren des wichtigsten Südstaates einer wirklichen und dauernden Beilegung entgegenzuführen zu sehen.

Nach den bisherigen Wirkungen der unter der Parteipresse, passiv und vom Präsidenten prompt unterzeichneten „Civil-Rights-Bill“ in den Südstaaten zu schließen, werden sich die von einer solchen Maßregel im Voraus gehegten Befürchtungen nur allzu sehr bestätigen. Es erhellt aus neueren Vorgängen in verschiedenen Südstaaten, daß die Ausführung dieses Gesetzes für zwangsweise Durchführung einer socialen Gleichstellung der Rassen, wo diese der Sitte und der Zeit überlassen bleiben sollte, auf den nachdrücklichsten und hartnäckigsten Widerstand stoßen wird, und zwar nicht nur von Seiten des Volkes, sondern auch von den Staatsgesetzgebungen selbst. Dafür spricht eine in der Legislatur von Virginien in Bezug auf Theater und dergleichen Plätze eingebrachte Vorlage, welche den Zweck der Vereitelung der Civil-Rights-Bill hat. Es ist nicht zu verwundern, daß thörichte, über die Grenzen einer gesunden Gesetzgebungs-Politik hinausgehende Bundesgesetze die natürliche Folge haben, eine ebenfalls über das Ziel hinauschießende Opposition zu erzeugen.

Die vielbesprochene „Civil-Dienst-Reform“, dieses Schoopkind einer Partei von Reformen nach europäischem Zuschnitt, das aber vom Anfang an von der Grand-Administration, wenigstens im Geheimen, als ein verhasstes Stiefkind betrachtet und soweit dies der äußere Anstand erlaubte, behandelt wurde, ist seit dem Schlusse des 43sten Congresses förmlich zu Grabe getragen worden. Ein Erlass des Herrn Grant an die Departementschefs machte bekannt, daß es rathsam erschienen sei, von den einige Jahre beobachteten „Regeln“ für Anstellungen im Civildienst, namentlich den „Prüfungen“, abzusehen und zu dem „alten System“ zurückzukehren.

A s i e n.

Yokohama, 24. Februar. [Die Kriegspartei in Japan. — Der Mitado über die Pressefreiheit. — Kistenbefestigung. — Abzug der englischen und französischen Besatzung aus Yokohama. — Aus China.] Seitdem zwischen Japan und China der Friede wegen der Insel Formosa abgeschlossen worden ist, macht sich in Japan eine starke Gährung fühlbar, die nach der allgemein verbreiteten Meinung wohl nicht anders wird gedämpft werden können, als durch einen auswärtigen Krieg. Ein selbstreicher Kenner des Landes hat die Japanesen einmal die Franzosen Orients genannt, und die Bezeichnung ist schon darum zutreffend, weil diese Leute immer auswärts beschäftigt werden müssen, um ihre Aufmerksamkeit von den Gebrechen im Innern abulenken. Der Vergleich paßt jedoch insofern nicht, als es in Japan die Regierung ist, welche den Frieden erhalten will, während der Krieg von einer starken Partei im Volke gefordert wird. Diese Partei hoffte zuversichtlich auf den Conflict mit den Chinesen und war nicht ungehalten, als man auf ihre Wünsche keine Rücksicht nahm und mit dem Nachbarvolke Frieden schloß, ehe noch ein einziger Schuß gewechselt worden. Der japanische Minister, welcher im Namen seiner Regierung den Friedensvertrag unterzeichnet hatte, Okubo, wurde mit einem Male der unpopulärste Mann, und als er nach der Hauptstadt Tokio zurückkehrte, wurde er so heftig angefeindet, ja es lag so begründeter Verdacht vor, daß sein Leben selbst in Gefahr sei, daß Okubo die Flucht ergriff und sich seither versteckt hält. Durch diesen Erfolg ermutigt, ging die Kriegspartei um einen Schritt weiter und forderte von der Regierung, daß nun wenigstens mit dem Königreiche Korea der Kampf aufgenommen werde, — mit demselben Korea, welches längst ein Besitzthum Japans hätte sein sollen. Man wird sich vielleicht zu erinnern wissen, daß kurz nach dem Abschlusse des japanisch-chinesischen Friedensvertrages sehr überraschende Meldungen über Korea in Umlauf gesetzt wurden. Es hieß, daß jene Partei Koreas, welche bisher den vollständigen Abschluß des Königreiches nach Korea hin aufrecht erhalten hatte, gestürzt, daß der fremdenfeindliche Vormund des jungen Königs vertrieben worden sei und daß dieser

lehtere selbst den Thron bestiegen habe; weiter hieß es, daß der neue Herrscher gewonnen sei, die meisten Gassen seines Landes zu öffnen, vor Allem aber einen Friedensvertrag mit Japan zu schließen. Alle diese Nachrichten riefen in Japan ungeheuren Jubel hervor und schon träumten die Chaministen des Landes von einem freiwilligen Austritte des koreanischen Königs und von einer Vereinigung seines wildromantischen Landes mit Japan. Der Jubel ist indessen einigermaßen ungründet gewesen, denn allem Anscheine nach wurden jene erfreulichen, durch die Thatfachen aber keineswegs bestätigten Meldungen von der japanischen Regierung nur zu dem Zwecke unter die Leute gebracht, die kriegerische Gährung in den südlichen Provinzen Japans zu dämpfen und namentlich dem Adel und den Samurai's zu beweisen, daß es ganz überflüssig wäre, einen Krieg zu führen. In Wahrheit scheint so gut wie gar keine Vermittlung der Koreaner stattgefunden zu haben, es hat dieselben durchaus keine plötzliche „Bewunderung“ für die Japaner ergriffen und von einer Sehnsucht nach Vereinigung mit dem östlichen Nachbar soll unter ihnen auch nicht das Geringste zu vernehmen sein. Die einzige Thatfache, auf welche die Regierung ihr Märchen aufbaute, um die Gemüther zu beruhigen, besteht darin, daß der König von Korea dem Mitado eine Erklärung zugesandt hat, des Inhaltes, daß künftighin japanische Gesandtschaften in seiner Hauptstadt liebenswürdiger Empfangen werden sollen, als die letzte, welche bekanntlich zu den Thoren hinaufgejagt worden ist. Zwischen diesem Zugeständnisse und der angeblichen Sehnsucht nach einer Vereinigung mit Japan liegt noch eine ziemlich weite Kluft, welche die Koreaner freiwillig gewiß nicht überbrücken werden. Ob es aber der Regierung des Mitado auf die Dauer möglich sein wird, den Thatendurst der Volksmehrheit, welcher unaufhaltsam nach Korea drängt, zu dämpfen, das ist freilich eine andere Frage. — Ein sehr hübsches Wort des Mitado, das mancher europäische Herrscher sich zum Muthen nehmen sollte, verdient erwähnt zu werden. Vorausgeschickt muß ich, daß die Adelpartei im Lande seit einiger Zeit kühner als früher über die eingeleiteten Reformen klagt und daß sie darin von einem Theile der einheimischen Presse lebhaft unterstützt wird. Jeder neue Act der Regierung wurde von den Blättern mit maßloser Rücksichtslosigkeit in einem Tone angegriffen, der in Europa ganz unmöglich wäre, so daß die Sache endlich der Bevölkerung selbst zu toll wurde und diese in Vorstellungen an die Regierung die Bitte aussprach, man möge die Freiheit der Journale einigermassen einschränken. Der Fall wurde dem Mitado vorgetragen und dieser gab Auftrag, die Vorstellungen abzuweisen. „Die betreffenden Pressegesetze genügen vollkommen, um wirkliche und gefährliche Mißbräuche der Pressefreiheit zu verhindern — lautete seine Antwort — und das Volk muß lernen, selbst darüber zu urtheilen, ob die Kritik der Journale über die Regierungsmassnahmen eine berechtigte ist oder nicht.“ Diese einzige Aeußerung beweist wohl, daß es dem Kaiser von Japan um den Fortschritt wirklicher Ernst ist. — Schon seit längerer Zeit besteht bekanntlich der Plan einer umfassenden Küstenbefestigung längs des ganzen japanischen Inselreiches. Derselbe ist neuerdings wieder aufgenommen worden. Schon im vorigen Jahre hatte die Regierung drei französische Officiere, welche in ihren Diensten stehen, beauftragt, die Küsten des Reiches in Bezug auf dort anzulegende Befestigungen zu studiren und dem Kriegsministerium einen genau ausgearbeiteten Plan vorzulegen. Die drei Franzosen, der Oberst Munier und die Capitaine Jourdan und Gebon, kamen dem Auftrage nach, allein es scheint, daß das von ihnen vorgelegte Projekt nicht annehmenswerth gewesen ist, denn die Regierung hat neuerdings eine andere Commission, welche durchweg aus eingeborenen Offizieren besteht, zu dem gleichen Zwecke nach den Südküsten des Reiches entsendet. Um die Kosten der Befestigung bestreiten zu können, wird Japan übrigens wohl eine neue Anleihe aufnehmen müssen. — Mit großer Bestimmtheit höre ich behaupten, daß die englische und die französische Besatzung, welche bis jetzt in Yokohama gelegen sind, in nächster Zeit zurückgezogen werden sollen. Das wäre wohl nur ein Beweis dafür, daß man die japanische Regierung für stark genug hält, die Fremden in ihrem Reiche selbst zu schützen. — Unter den Chinesen ist allgemein der Glaube verbreitet, daß es im Süden zu einer Revolution kommen werde. In Hunan lebt noch ein Sohn des berüchtigten Rebellen Hung-tzu-hsien, von dem man als gewiß annimmt, daß er die günstige Gelegenheit ergreifen und wie sein Vater die Fahne des Aufstandes erheben werde. Geschieht das wirklich, dann könnte sich die Bewegung allerdings über weite Landestrecken verbreiten, denn der Unzufriedenen giebt es viele.

Provinzial-Beitung.

H. Breslau, 31. März. [Theater-Actien-Verein.] Die heutige Nachmittags 3 Uhr im Foyer des Stadttheaters abgehaltene diesjährige Generalversammlung wurde von dem Vorsitzenden des Directoriums, Syndicus Dichtel, mit einem Hinweis auf die Tagesordnung und einer kurzen Erläuterung des vorliegenden Verwaltungsbereiches pro 1874 eröffnet. Nach diesem Berichte hat sich die in dem letzten Bericht vom 10. März 1874 ausgesprochene Annahme bestätigt, indem bei den zur Zeit bestehenden geregelten Verhältnissen theils aus den Miethsüberschüssen, theils aus den von Abschlags-Stelle auf weitere 3 Jahre allermöglichst bewilligten Debeten, Abschlagsabgaben an die städtische Sparcasse im Betrage von 4000 Thlr. auf ihre eingetragene erste Hypothekenforderung geleistet werden konnte, so daß diese am 1. Januar c. 9000 Thlr. zu fordern hatte. Wird hierzu a) das restirende Hypotheken-Capital an die Bauhandwerker mit 72,000 Thlr., b) das restirende Hypotheken-Capital an die hiesige Stadtgemeinde mit 100,000 Thlr. gerechnet, so hat der Theater-Actien-Verein zusammen 181,000 Thlr. Schulden; hierzu Actien-Capital mit 75,000 Thlr., giebt zusammen 256,000 Thlr. Denen gegenüber stehen das Theatergebäude selbst in seinem vertheilten Werthe ercl. Grund und Boden und Fundamente mit 278,000 Thlr., der vertheilte Darlehen der Gaulten, Decorationen u. mit 13,859 Thlr., giebt zusammen 291,859 Thlr.

Die Jahresrechnung hat den Rechnungs-Revisoren zur Prüfung vorgelegen. Der Sachübergang von Director Schwemer an Herrn Raben's hat im Laufe des verf. Jahres stattgefunden.

Die allgemeinen Klagen über geschäftliche und gewerbliche Stille hat sich nach dem Berichte auch auf das Theater und mit ihm auf den Pächter desselben und die andern Miether des Hauses übertragen, in wie weit solche einen Einfluß auf die weiteren Verhältnisse des Vereins ausüben werden, läßt sich für jetzt noch nicht bestimmen.

In der abgelaufenen jährigen Wahlperiode haben als Mitglieder des Directorii fungirt: neben dem Vertreter der Stadt im Directorium, Syndicus Dichtel, Vaurath Stadt, Geh. Rath v. Ruffer, Kaufm. Ph. Heyne, Stadthalter Jüttner, Freiherr v. Knobelsdorf, Banquier v. Wallenberg (an Stelle des Rittergutsbesitzer Dr. Thiele), Kaufm. Friederici.

Demnächst erstattete Kaufm. H. Sturm den Rechnungs-Revisionsbericht. Nach demselben betragen die Gesamteinnahmen an Pachten und Miethen 7883 Thlr. 10 Sgr., Subventionen Sr. Majestät des Kaisers 2000 Thaler, zurückgegebene Capital, Zinsen u. 1877 Thlr. 11 Pf., zusammen 11,492 Thlr. 21 Sgr. Dagegen betragen die Ausgaben 10,332 Thlr. 22 Sgr. 2 Pf., darunter Hypothekenzinsen 4159 Thlr. 4 Sgr. 11 Pf., an die Sparcasse zurückgegebene 3000 Thlr., bei der Stadt jinsbar angelegte 1000 Thlr. Die Rechnungs-Revisoren haben die Rechnung geprüft und nichts zu erinnern gefunden; sie beantragen unter dem Ausdruck des Dankes für seine Mithewaltung an den Schatzmeister, Stadtrath Friederici, dem Directorium Decharge zu erteilen. Dies geschieht mit der Maßgabe, daß die Generalversammlung es für angezeigt erachtet, das Directorium zu ersuchen, die Statuten der Gesellschaft auch auf eine etwa notwendige Abänderung zu prüfen und dabei besonders die Frage in Erwägung zu nehmen, in wie weit das Directorium zum Erlass von ernannten Rechten der Gesellschaft befugt sei.

Bei der demnächst folgenden Neuwahl des Directorii wurden die Herren Stadtrath Friederici, Kaufmann H. Sturm, Kaufmann H. Zimmerwahr, Kaufmann R. Berthold, Banquier S. Schweiger, Kaufmann Seelhorst und Commisstrath H. Landau zu Mitgliedern des Directoriums, die Herren Dr. Runkel, Vaurath Stadt, Banquier B. M. Ward, Kaufmann Riebling und Geheimer Rath v. Ruffer zu Ersatzmännern gewählt. Die Herren Jaffe, S. Hainauer und S. Sohn wurden zu Rechnungs-Commissarien ernannt.

[Generalmajor von Wulffen.] der neuernannte Stadtkommandant von Breslau, ist hier angekommen und einstweilen im Hotel Galisch abgesehen.

[Zur bevorstehenden Absetzung des Fürstbischofs.] Wie die „Schles. Volksztg.“ mittheilt, ist das Actenstück, in welchem der Fürstbischof ausdrücklich auf die Encyclica Bezug nahm, dasselbe, von dessen Willen er am 16. März vor dem hiesigen Untersuchungs-Richter vernommen wurde. Dieses Actenstück ist ein Schreiben des Fürstbischofs an den Pfarrer Ric, in welchem zur Begründung der Excommunication auf die Encyclica Bezug genommen wurde.

[Geburten und Mortalität.] Im Laufe der letztverfloffenen Woche sind hierorts polizeilich angemeldet worden: Als geboren 101 Kinder männ-

lichen und 89 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 190 Kinder, wovon 31 außerordentlich; als gestorben 84 männliche und 59 weibliche, zusammen 143 Personen incl. 4 todtgeborener Kinder.

Δ Δελς, 30. März. [Zur Abgeordneten-Wahl. — Festrede.] An Stelle des Ober-Vertrathes Wachler, welcher sein Mandat als Abgeordneter des Landtages für den Wahlkreis Del's-Ramslau-Wartenberg niederlegte, hat das liberale Wahl-Comité Herrn Kreis-Rath Stahr in Wartenberg empfohlen. Der neue Candidat hat sich der Wahlschaft der drei Kreise vorstellt und ergriffte diese Vorstellung hierorts am 2. Feiertage. Herr Stahr bekennt sich zur national-liberalen Partei und erachtet es für seine Pflicht die gegenwärtige Richtung der Gesetzgebung in staatlicher und kirchlicher Beziehung zu unterstützen, er sprach sodann in klarer und ansprechender Form seine Ansichten über die Reform der Provinzial-Verfassung und den Kampf des Staates mit der römischen Curie aus. Die anwesenden Wahlmänner (circa 50) erklärten nach dieser Rede einstimmig an der Candidatur des Herrn Stahr festhalten zu wollen. Von hochconservativer und ultramontaner Seite war Niemand in der Versammlung erschienen. Daß sie aber am Wahltag erscheinen und der Opposition wegen für irgend einen Candidaten (Graf Reichenbach Gochs und Baron v. von Olen?) stimmen werden, läßt sich bestimmt erwarten. An die liberalen Wahlmänner ergab daher die ernste Mahnung Mann für Mann am 3. April zu erscheinen, um durch eine große Majorität den Beweis zu liefern, daß die extremen Parteien für immer den Boden in dem hiesigen Wahlkreise verloren haben. — An dem hierorts sehr feierlich begangenen kaiserlichen Geburtstage hielt der Gymnasial-Lehrer Dr. Lorenz in der Aula des Gymnasiums eine höchst gediegene Festrede über das Thema „welches sind die Ansprüche der Hierarchie und welche Berechtigung haben dieselben“, daß allgemein der Wunsch laut wurde diese möge durch den Druck weiteren Kreisen zugeführt werden.

Berlin, 31. März. Nach den Ereignissen der vorhergegangenen Tage war von dem heutigen Börsenverkehr überhaupt wohl nicht viel zu erwarten und es verdient daher hervorgehoben zu werden, daß der Verlauf des Geschäftes nicht in allen Stücken so ganz diesen Voraussetzungen entsprach. Die Stimmung war, den ersten Beginn der Börse allerdings abgerechnet, eine durchaus feste und die Course nahmen fast ohne Unterbrechung steigende Richtung; der Verkehr selbst blieb natürlich sehr gering und ganz belanglos und die Notirungen gewannen in den meisten Fällen nur eine nominelle Bedeutung. Obwohl man heute die Situation bedeutend ruhiger beurtheilte, so verhielt man sich doch streng abwartend und der Grund zu dieser reservirten Position ist zumeist dem Umstande zuzuschreiben, daß man die Frage der noch nicht abgewickelten Engagements nicht erweisen kann. Die internationalen Speculationsverthe wurden wenig umgekehrt. Decker's Credit-Actien waren vorzugsweise vernachlässigt, für Decker's Staatsbahn befand sich aber eine recht feste Haltung. Lombarden, die in Paris gewissermaßen jetzt eine Rolle spielen, waren in guter Frage. Andere Oesterreichische Bahnen blieben ganz unbeachtet, conversirten in Folge dessen aber auch ihre bisherigen Notirungen. Die localen Speculationspapiere befreiten sich wenig am Verkehr. Disconto-Commandit 172 1/2, ult. April 173 1/2 — 3 1/2 — 3, Dortmunder Union 27, ult. April 27, Laurahütte 117, ult. April 115 1/2 — 16 1/2. Unter den auswärtigen Staatsanleihen gemanen Amerikaner plötzlich ein erhöhtes Interesse, es hatte sich für dieselben in Folge des aus America gemeldeten sehr günstigen Standes des Gold-Argios eine ziemlich umfangreiche Nachfrage für ameril. Bonds und Anleihen eingestellt. Auch Tabak-Actien excellirten und trugen eine Coursehöhung von 15 M. davon. Andere Devisen dieser Gattung blieben aber, sowohl was Verkehr als auch Courseentwicklung anbelangt, zurück. Decker's Renten behaupteten sich ziemlich gut. Loospapiere blieben ohne Nachfrage, und in Tärken und Italienern ging so wenig um, daß eine eigentliche Stimmung nicht zum Ausdruck gelangen konnte. Russ. Werthe waren fest aber still. In preussischen Fonds machte sich eine Bewegung bemerkbar, die wohl mit als Folge der allgemeinen Verhältnisse angesehen werden konnte; zahlreiche Angebote, allerdings nur über kleinere Beträge lautend, lassen die mehrseitig bestehende Absicht, durch den Verkauf dieser Effekten liquide Mittel zu gewinnen, durchblicken. Ein wirklicher Druck konnte aber trotzdem nicht eintreten, da das offerirte Material schlante Aufnahme fand. Andere deutsche Staatspapiere blieben geschäftlos. Ebenso war auch der Verkehr in Prioritäten sehr gering, nur einige Ungarische Prioritäten, wie Ostbahn, Nordostbahn, Kaschau, Albrechtbahn und Galizische, machten eine Ausnahme. Auf dem Eisenbahnactienmarkt änderte sich das Courseniveau des sehr geringen Umfanges wegen kaum, im Ganzen kann die Stimmung fest genannt werden. Auch Bankactien waren fest. In den bevorzugteren zählen Berl. Bankverein, Berl. Handelsgesellschaft, Ceraer B., Ceraer Credit, Deutscher Handelsbank. Industriepapiere, soweit sie in den Verkehr traten, fest; Wismann beliebt, Flora besser, Viehof anziehend, Pferdebahn lebhaft, Frachtschiffe und Westend nachgehend. Bergwerke meist fest, Louise, Centrum behauptet, Harpener rege, Hibernia und König Wilhelm besser, Bochumer niedriger. — Um 2 1/2 Uhr fest: Cred. 435, 50, Lomb. 260, 50, Franz. 566, Disc.-Comm. 172, 50, Dortm. Union 27, Laurah. 116. (Bank u. S. 3.)

Braunschweig, 31. März. [Bei der heute stattgehabten Prämienziehung der Braunschweigischen 20-Thaler-Lose] fiel der Hauptgewinn von 80,000 Thlr. auf Nr. 29 der Serie 3551, 5000 Thlr. fielen auf Nr. 22 der Serie 3551, 2400 Thlr. fielen auf Nr. 21 der Serie 9894, 1000 Thlr. fielen auf Nr. 7 der Serie 3996.

Wien, 31. März. [Die heute stattgehabte Generalversammlung der Actionäre der Wiener Unionbank] genehmigte einstimmig den Antrag des Verwaltungsraths, nach welchem nach Abrechnung der bereits gezahlten Dividenden von 7 fl. per Actie, von dem verbleibenden Betrage von 216,699 fl. 60,000 fl. in den Reservefonds fließen und 156,999 fl. ohne Abzug für Zantienamen auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen.

Wien, 31. März. [Die Einnahmen der Lombardischen Eisenbahn] (östr. Neg.) betrugen in der Woche vom 19. bis zum 25. März 526,155 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 14,236 fl.

— ch. — [Nachträgliches zur Wiener Weltausstellung.] Die Aussteller der Wiener Weltausstellung, welche das Glück gehabt haben, selbst die Beforgung ihrer Ausstellungsstücke und Behälter übernehmen zu können, sind jetzt nachträglich mit einer Apothekenrechnung über Möbelmiethe übertrafft worden, die alles Dagewesene übertrifft. Eine schädliche Handelskammer, welche die bezüglichen Beschwerden der Aussteller ihres Bezirks zusammen gestellt hat, constatirt die Thatfache, daß für einen Schrank von 2 1/2 Meter Breite und 3 Meter Höhe Eintausendweihundertundneunzig 1290 Mark Miethe abberlangt sind, für einen Schrank von 1 1/2 Meter Breite 990 Mark, für eine Vitrine von noch nicht 2 Quadrat-Meter Grundfläche 450 Mark! Das sind Preise, für die man sich beinahe eine Wohnung möbliren kann, und sie werden für die bloße Miethe abberlangt. Angesichts solcher Rechnungen ist denn selbst den gemüthlichen Sachken die Geduld gerissen und die Handelskammer in Zittau hat zunächst im Namen des bestimmten Großindustriellen in Wollwaren, Commisstrath Gräbisch in Reichenan, das schädliche Ministerium des Innern ersucht, über die den Ausstellern von der Ausstellungscommission berechneten Möbelmiethekosten specielle Nachweisungen zu veranlassen. Die Kosten sind als Differenz zwischen dem Herstellungspreise und dem Verkaufserlöse der Ausstellungsbehälter bezeichnet — es wird nun der Nachweis gefordert, wie viel für die neuen Möbeln wirklich gezahlt und für wie viel die gebrauchten veräußert sind. Das Vorgehen der Handelskammer wird wohl die Wirkung haben, daß die Angelegenheit noch einmal genauer untersucht wird und jedenfalls wird bei künftigen Ausstellungen — und Dresden hat selbst eine solche für diesen Sommer in Aussicht — von vornherein den Ausstellern eine Garantie geboten werden müssen, daß sie nicht abermals geprellt werden, sonst wird kein solider Geschäftsmann mehr eine Ausstellung bescheiden mögen, denn Schränke für 1000 Mark und darüber zu mieten, ist nicht Jedermanns Sache.

Amsterdam, 31. März. [Zinnaction.] Bei der von der niederländischen Handelsgesellschaft veranlasseten Zinnaction waren 22,784 Blöde Bancazinn und 2593 Blöde Billitonium zum Verkauf gestellt. Für Bancazinn wurden 52 1/2 bis 52 1/2 fl., im Durchschnitt 52,60, für Billitonium 51 1/2 bis 51 1/2 fl. erzielt. Sämmtliches zum Verkauf gestellte Zinn wurde verkauft.

Concurs-Eröffnungen. Ueber das Vermögen des Handelsmanns Hermann Jüttner zu Waldau. Zahlungseinstellung: 22. Februar c. Einsw. Verwalter: Rechtsanwalt König. Erster Termin: 9. April c.

* [Der Ständesbeamte.] Im Verlage von Eugen Großer in Berlin erscheint seit October monatlich, unter dem Titel der „Ständesbeamte“, eine Zeitschrift, welche sich die Förderung der Interessen der Ständesämter zur Aufgabe macht. Diefem Zwecke entsprechend theilt sie in ihrem amtlichen Theile die Verfügungen, Erlasse, Circulare u. dgl. mit, welche durch Specialfälle veranlaßt worden sind, während sie im nichtamtlichen Theile Notizen

Verständlicher Art bezüglich der Führung der Ständeregister bringt. Der Nutzen einer solchen regelmäßig wiederkehrenden Publikation für die mit der praktischen Ausführung der neuen Institution betrauten Beamten liegt so offen zu Tage, daß es einer näheren Begründung derselben nicht bedarf.

Berliner Börse vom 31. März 1875.

Wechsel-Course.			Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3/4	174,90 bz	Divid. pro 1873	1874	1875
do. do. 2 M.	4 1/2	173,50 bz	Aachen-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Augsburg 100 Fl.	2 M.	—	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Frankfurt 100 Fl.	2 M.	—	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	4 1/2	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
London 100 Lst.	3 M.	3 1/2	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Paris 100 Frs.	8 T.	4 1/2	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Petersburg 100 R.	3 M.	5 1/2	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Warschau 100 R.	8 T.	5 1/2	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Wien 100 Fl.	8 T.	4 1/2	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
do. do. 2 M.	4 1/2	182,10 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Fonds- und Geld-Course.			Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.		
Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	—	Divid. pro 1873	1874	1875
Staats-Anl. 4 1/2 pCt.	4 1/2	105,25 bz	Aachen-Maschinen	1 1/2	1 1/2
do. consolsid.	4 1/2	98,50 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
do. 4 1/2 pCt.	4 1/2	91 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Staats-Schuldenscheine	3 1/2	91 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Präm.-Anleihe v. 1865	3 1/2	137,50 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Berliner St.-Oblig.	4 1/2	102,40 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Pommersche	4 1/2	101,10 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Posenische	4 1/2	97,50 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Schlesische	4 1/2	94,75 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Kur-u. Neumark.	4 1/2	97,50 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Pommersche	4 1/2	97,50 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Posenische	4 1/2	96,50 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Preussische	4 1/2	97,25 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Westfäl. u. Rhein.	4 1/2	98 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Sächsische	4 1/2	97,25 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Schlesische	4 1/2	96 G	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Badische Präm.-Anl.	4 1/2	121,50 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Baierische 4 pCt. Anleihe	4 1/2	120,25 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Göln-Mind.-Prämienanl.	3 1/2	109,40 bz	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Kurh. 40 Thlr.-Loose	239 B	—	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Badische 35 Fl.-Loose	123,50 bz	—	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Braunschw. Präm.-Anleihe	74,50 bz	—	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Oldenburger Loose	132 B	—	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Louisd. — d. —	—	—	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Frankf. Bkn. 99,80 bz	—	—	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Sover. 20,52 etbz	—	—	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Napoleon 16,32 bz	—	—	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Imperial 16,76 G	—	—	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Bollars 4,19 G	—	—	Berg-Maschinen	1 1/2	1 1/2
Hypotheken-Certificates.			Bank-Papiere.		
Krupp'sche Partial Obl.	5	103,10 bz	Anglo-Deutsche Bk.	0	4
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp. B.	4 1/2	100,50 bz	Allg. Deut. Hand. G.	0	4
Deutsche Hyp. Bk.-Pfd.	4 1/2	97,75 bz	Berl. Bankverein.	5 1/2	4 1/2
Kündbr. Cent.-Bod. Cr.	4 1/2	100,50 bz	Berl. Kass. Ver.	29	191 1/2
Unkünd. do. (1872)	5	102,50 bz	Berl. Handels-Ges.	6 1/2	7
do. rückbz. a. 110	5	105,50 bz	do. Prod. u. Hdl. B.	3 1/2	10 1/2
do. do. a. 110	5	99,60 bz	Braunsch. Bk.	2 1/2	4 1/2
Unk. H. d. Pr. Bd. Ord. B.	5	103 bz	Bresl. Disc. Bank	0	4
do. III. Em. do.	5	101,50 bz	do. Handl. Entpr.	0	4
Kündbr. Hyp. Schuld. do.	5	99,50 bz	Bresl. Mkt. Ver. B.	5	4
Hyp. Anth. Nord-G. C.B.	5	101,50 bz	Bresl. Wechselb.	0	4
Pomma. Hypoth.-Briefe	5	106 bz	Centrab. f. Ind. u.	4	4
Goth. Präm.-Pfd. I. Em.	5	103,40 bz	Hand. Bk.	4	4
do. do. II. Em.	5	105,75 bz	Coburg. Cred.-Bk.	4	4 1/2
do. 5 pCt. rzkl. m. 110	5	103,50 B	Danziger Priv.-Bk.	7 1/2	6
do. 4 1/2 do. do. m. 110	4 1/2	97 B	Darmst. Creditb. 10	10	4
Meininger Präm.-Pfd.	4	104,50 bz	Darmst. Zettelb. 7 1/2	10 1/2	6 1/2
Oest. Silberpandbr.	5 1/2	67,40 B	Deutsche Bank	4	4
do. Hyp. Cnd. Pandbr.	5 1/2	65 B	do. Hyp. B. Berlin	5 1/2	7 1/2
Präh. d. Oest. Bd.-Cr. G.	5	88 G	Deutsche Unionb.	1	3
Schb. d. Bodencr. Pandbr.	5	95 G	Disc. Com.-A. 14	3	4
do. do. do.	4 1/2	103 G	Genossenschaft. Bk.	3	6
Wiener Silberpandbr.	5 1/2	—	Gew. Schuster u. G.	0	4
Ausländische Fonds.			Goth. Grundcred. 8	9	4
Oest. Silberrente	4 1/2	69,70 bz	Hamb. Vereins-B.	10 1/2	11 1/2
do. Papierrente	4 1/2	65,30 bz	Hannov. Bank	7 1/2	6 1/2
do. 5 pCt. Präm.-Anl.	4	113,80 bz	do. Disc. Bk.	0	4
do. Lott.-Anl. v. 60	5	119 etbz	Königsb. do.	0	4
do. Credit-Loose	—	362 bz	Ldw. B. Kwielecki	0	4
do. 6 pCt. Loose	—	308 etbz	Leip. Cred.-Anst.	9 1/2	9 1/2
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	173,20 bz	Luxemburg. Bank	8 1/2	9 1/2
do. do. 1866	5	169,30 bz	Magdeburger do.	6 1/2	5 1/2
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	91,40 bz	Meininger do.	5	4
Russ. Pol. Schatz.-Obl.	4	88,90 bz	Moldau. Lds.-Bk.	10 1/2	10
Pola. Pandbr. III. Em.	4	83,90 G	Nord. Gr. u. B.	7 1/2	9 1/2
Pola. Liquid. Pandbr.	4	70 bz	Oberlausitzer Bk.	5 1/2	6 1/2
Amerik. Rückp. a. 1881	5	101,70 bz	Oest. Cred.-Actien	5 1/2	6 1/2
do. do. a. 1885	5	101,90 G	Ostdeutsche Bank	4	4
do. 5 pCt. Anleihe	5	99,40 bz	Ost-Prod.-Bk.	0	4
Französische Rente	5	103 bz	Posner Prov.-Bank	7 1/2	6 1/2
Ital. neue 5 pCt. Anleihe	5	72 G	Preuss. Bank-Act.	12 1/2	4 1/2
Ital. Tabak-Oblig.	6	100,10 bz	Pr.-Bod.-Cr.-Act. B.	0	8
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	84,90 G	Pr.-Cent.-Bod.-Cr.	9 1/2	10 1/2
Rumanianische Anleihe	8	105,90 bz	Sächs. B. 60 pCt. L.S.	12	10 1/2
Türkische Anleihe	5	43,50 bz	Sächs. Cred.-Bk.	0	4
Ung. 5 pCt. Eisen-Anl.	5	75,75 bz	Schl. Bank-Ver.	8	4
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			Schl. Centralbank	8	4
Berg-Mark. Serie III.	4 1/2	92,25 B	Schl. Vereinsbank	8	6
do. III. S. 3 1/2 pCt.	4 1/2	86 B	Thüringer Bank	8	6
do. do. VI. 4 1/2 pCt.	4 1/2	97,75 G	Weimar. Bank	5 1/2	4
do. Hess. Nordbahn	5	102,50 G	Wiener Unionb.	0	5 1/2
Berlin-Görlitz	5	103 G	(In Liquidation.)	—	—
do. do. do.	4 1/2	—	Berliner Bank	0	fr.
Breslau-Freib. Litt. D.	4 1/2	97,25 G	Berl. Lomb.-Bank	0	fr.
do. do. do. G.	4 1/2	97,25 G	Berl. Makler-Bank	0	fr.
do. do. do. H.	4 1/2	—	Berl. Prod.-Makl. B.	12 1/2	0
Göln-Minden	5	92,20 G	Berl. Wechselb.	0	fr.
do. do. do. III.	4 1/2	—	Br. Fr. Wechsel-B.	0	fr.
do. do. do. IV.	4 1/2	—	Centrab. f. Genos.	0	fr.
Halle-Sorau-Guben	5	84,50 bz	Nrdschl. Cassenb.	0	fr.
Hannover-Altenbeken	4 1/2	93 B	Pos. Pr.-Wechsel-B.	0	fr.
Märkisch-Posen	5	—	Pr. Credit-Anstalt	0	fr.
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97 G	Prov. Wechsel-B.	0	fr.
do. do. II. Ser.	4	96,25 bz	Ver.-Bk. Quistorp	0	fr.
do. do. Obl. u. L. II.	4	96,60 bz	Baugess. Plessner	0	fr.
do. do. III. Ser.	4	96,50 bz	Berl. Eisenb.-Bd. A.	6 1/2	7 1/2
Oberschles. A.	4 1/2	85 G	D. Eisenbahn-G.	0	fr.
do. B.	3 1/2	83,50 B	do. Reichs-u. Co. E.	8	8
do. C.	4	83,50 B	Märk. Sch. Masch. G.	0	fr.
do. D.	4	83,50 B	Nord. Papierfabr.	0	fr.
do. E.	3 1/2	89 bz	Westend. Com. G.	0	fr.
do. F.	4 1/2	99,50 G	Pr. Hyp. Vers.-Act.	17 1/2	18 1/2
do. G.	4 1/2	101,50 bz	Schl. Feuervers.	18	4
do. H.	4 1/2	103,40 bz	Donnersm. Union	6	4
do. von 1873.	4	—	Dortm. Hütte	0	fr.
do. von 1874.	4	98,70 B	Königs-u. Laurah.	20	4
do. Brieg-Neisse	4 1/2	—	Lauchhammer	20	4
do. Cosel-Debers.	4 1/2	—	Mariahütte	20	4
do. do.	5	103,30 bz	Minerva	0	fr.
do. Stargard-Posen.	4 1/2	92,25 G	Moritzhütte	5	4
do. do. II. Em.	4 1/2	—	Oschl. Eisenwerk.	0	fr.
do. do. III. Em.	4 1/2	—	Redenhütte	2	4
Mähr.-Schl. Centralbahn	fr.	27,50 bz	Schl. Kohlenwerk.	1	4
do. do. neue fr.	—	—	Schles. Zinkh.-W.	8	4
Kronpr. Rudolph-Bahn	3	83,70 bz	do. St.-Cr.	8	4 1/2
Osterr. Französisch.	3	32,50 bz	Tarnowitz. Bergb.	16	4
do. do. neue 2	3	31,50 bz	Vorwärtschütte	7	4
do. süd. Staatsbahn	2	25,50 bz	Baltischer Lloyd	0	fr.
do. neue	3	25,50 bz	Bresl. Bierbrau.	0	fr.
do. Obligationen	3	87,60 bz	Bresl. E. Wagenb.	3 1/2	6 1/2
Warschau-Wien II.	5	92,60 G	do. ver. Oefabr.	0	fr.
do. III.	5	96,60 G	Erdm. Spinnerei	7	4
do. IV.	5	97,90 G	Görlitz. Eisenb.	0	fr.
Bank-Discount 4 pCt.			Hoffm. Wag.-Fab.	6 1/2	4
Lombard-Zinssatz 5 pCt.			Oschl. Eisenb.-B.	0	fr.
do. do. do.	—	—	Schles. Leinwand.	9	7 1/2
do. do. do.	—	—	S. Act.-Br. (Schl.)	0	fr.
do. do. do.	—	—	do. Porzellan	7	4
do. do. do.	—	—	Schl. Tuchfabrik	0	fr.
do. do. do.	—	—	do. Wagenb.-Anst.	0	fr.
do. do. do.	—	—	Schl. Wollw.-Fabr.	0	fr.
do. do. do.	—	—	Wilhelmschütte MA	10	4

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Paris, 31. März, Abends. „Agence Havas“ bezeichnet die Zeitungsmeldungen über die Differenz zwischen Buffet und Dufaure als übertrieben. Die Differenz betreffe den untergeordneten Punkt eines noch nicht veröffentlichten Circulars Dufaures und sei bereits ausgeglichen. Das Journal werde morgen das Circular publiciren.

Madrid, 31. März. Dem Kriegsminister Jovellar wird in der vom General Concha wider ihn erhobenen Anklage namentlich zum Vorwurf gemacht, die von Concha als Generalgouverneur von Cuba gegen den General Riquelme wegen eines Disciplinarvergehens ausgesprochene Strafe der Verbannung anfänglich zwar bestätigt, wenige Tage darauf aber Riquelme im Avancement befördert zu haben. Das Princip der Autorität sei in der cubanischen Armee durch dies lediglich aus persönlichen Motiven des Kriegsministers zu erklärende Verfahren erheblich geschädigt worden. Das Vorgehen Concha's wird möglicherweise den Rücktritt des Kriegsministers herbeiführen. Dem Vornehmen nach lag es zunächst in der Absicht der Regierung, die Anklage dem obersten Gerichtshofe des Königreichs zur Entscheidung zu unterbreiten. Man fürchtet indessen, daß das Gericht die Ernennung Jovellar's zum Kriegsminister überhaupt für ungesetzlich erklären werde, da ältere spanische Gesetze die Befolgung eines Ministerpostens mit Personen, welche als Gouverneur einer Colonie fungirt haben, untersagen.

Biarritz, 31. März. Ein Brief Cabrera's vom 26. März beantwortet das Decret Don Carlos, wodurch letzterer ihm die militärischen Ehren aberkannt. Cabrera sagt, dieser Act sei seine letzte Nichtfertigung, wenn er überhaupt deren bedürfe. Die Carlisten würden nunmehr den wahren Werth der Gerechtigkeit des Don Carlos erkennen.

Bayonne, 31. März. Die Umgebungen Bilbao's und Renterias stecken die weiße Fahne auf, verweigern indes den Anschluß an die Regierungstruppen aus Furcht vor Repressalien an ihren Familien. In den Thälern von Valcarlos (?) hoben die Carlisten verheiratete Männer aus, welche den Schutz der Regierung anriefen. Zum Manifest Cabrera's werden neue Beitrittserklärungen erwartet.

Telegraphische Course und Börsennotizen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 31. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-course.] Londoner Wechsel 206,10. Pariser do. 81,60. Wiener do. 183,40. Böhmische Westbahn 173. Elisabethbahn 169. Galizier 212. Franzosen 282 1/2. Lombarden 129. Nordwestbahn 141 1/2. Silberrente 69 1/2. Papierrente 65 1/2. Russ. Bodencredit 91 1/2. Russen 1872 102 1/2. Amerikaner 1882 186 1/2. Ruff. 119 1/2. 1864er Loose 308,00. Creditactien 216 1/2. Bantactien 87 1/2. Darmstädter Bank 144 1/2. Bräseleer Bank 107 1/2. Berliner Bankverein 83 1/2. Frankfurter Bankverein 82 1/2. do. Wechselbank 81 1/2. Deutscher Bankverein 87 1/2. Meiningen Bank 93. Hahn'sche Effectenb. 113. Prov.-Disc.-Gesellschaft 80 1/2. Continental 86 1/2. Heij. Ludwigsbahn 118. Oberpfälzer 74 1/2. Raab-Gräzer 84 1/2. Ungar. Staatsloose 176,50. do. Schatzanweisungen alte 94 1/2. do. Schatzanw. neue 93 1/2. Oregon Eisenb.-Nordford do. —. Central-Pacific 83 1/2.

*) per medio resp. per ultimo.
Fest. Liquidation leicht. Depot für Franzosen 0,50, für Creditactien ganz unbedeutend.
Nach Schluß der Börse: Creditactien 216 1/2, Franzosen 282 1/2, Lombarden 128 1/2. Spanien —.

Hamburg, 31. März, Nachmittags. [Schluß-course.] Hamburger St.-B.-A. 115. Silberrente 69 1/2. Credit-Actien 216 1/2. 1860er Loose 120 1/2. Nordwestbahn —. Franzosen 705. Lombarden 323 1/2. Ital. Rente 72 1/2. Vereinssbatt 123 1/2. Laurabütte 115 1/2. Commercienb. 85 1/2. do. II. Em. —. Norddeutsche 147. Prov.-Disc. —. Anglo-deutsche 46 1/2. do. neue 67 1/2. Dan. Landmbl. —. Dortmund Union —. Wiener Unionb. —. 64er Ruff. Br.-A. —. 66er Ruff. Br.-A. —. Amerikaner de 1882 93 1/2. Köln-M. St.-A. 114. Rhein. E. do. 118 1/2. Berg.-Mkt. do. 86. Disconto 3 1/2. —. Cher fest. Wetter: —.

Hamburg, 31. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, auf Termine ruhig. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen 126 pfd. per April-Mai 1000 Kilo netto 185 Br., 184 Gd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 187 Br., 186 Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 188 Br., 187 Gd., per Juli-August 1000 Kilo netto 189 Br., 188 Gd. Roggen per April-Mai 1000 Kilo netto 149 Br., 148 Gd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 148 Br., 146 Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 146 Br., 145 Gd., per Juli-August 1000 Kilo netto 145 Br., 144 Gd. —. Safer still. Gerste fest. Rüböl matter, loco 58, per Mai 56 1/2, per October per 200 Pfd. 58 1/2. Spiritus matt, per März, per April-Mai und per Mai-Juni 43 1/2, per Juni-Juli per 100 Liter 100 pCt. 44. Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. —. Petroleum still, Standard white loco 12, 60 Br., 12, 50 Gd., per April-Mai 12, 40 Gd., per August-December 12, 70 Gd. —. Wetter: Trübe.

Liverpool, 31. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Rutchmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Fest, amerikanische Verschiffungen weichen. Tagesimport 39000 Ballen, davon 19,000 Ballen amerikanische, 18,000 Ballen ostindische.

Liverpool, 31. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 14,000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. Stetig. Surats ruhig. Amerikanische Verschiffungen theilweise 1/2 billiger. Good fair Dorna März-April-Verschiffung um's Cap 5 1/2 D. Middl. Orleans 8 1/2, middling amerikanische 7 1/2, fair Dholerah 5 1/2, middling fair Dholerah 4 1/2, good middling Dholerah 4 1/2, middl. Dholerah 4 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broach 5 1/2, new fair Dorna 5 1/2, good fair Dorna 5 1/2, fair Madras 5, fair Pernam 8 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 8 1/2.

Antwerpen 31. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidesmarkt.] (Schlußbericht.) Geschäftlos.

Bremen, 31. März. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 12 M. 25 Pf., per Juni 12 M. 75 Pf., per September 13 M. 25 Pf. Watt.

□ [Breslauer Disconto-Bank Friedenthal & Co.] In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrathes wurde die Dividende pro 1874 nach erheblichen Abschreibungen und entsprechender Dotirung des Reservefonds auf 4 pCt. festgesetzt.

Berlin, 31. März. [Productenbericht.] Roggen brachte heute etwas bessere Preise, namentlich waren spätere Termine beliebt. Der Umsatz war recht lebhaft. — Roggenmehl fester. — Weizen für alle Sorten in fester Haltung und etwas besser bezahlt. — Hafer loco feine Qualitäten besser bezahlt, geringe schwerer veräußert, Termine fester. — Rüböl vertehrte in fester Haltung. Preise zu Gunsten der Verkäufer. — Spiritus stellte sich merklich höher im Werthe.

Weizen loco 162—198 Rkmt. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber märkischer 180 Rkmt. ab Bahn bez., pr. März — Rkmt. bez., pr. März-April — Rkmt. bez., pr. April-Mai 179 1/2—182 1/2 Rkmt. bez., pr. Mai-Juni 182 1/2—184 1/2 Rkmt. bez., pr. Juni-Juli 186 1/2—187 1/2 Rkmt. bez., pr. Juli-August 187 1/2—188 1/2 Rkmt. bez., pr. September-October — Rkmt. bez. — Gefündigt — Cntr. Ründigungspreis — Rkmt. — Roggen pro 1000 Kilo loco 140—160 Rkmt. nach Qualität gefordert, russischer 138—145 1/2 Rkmt. bez., ordinärer russischer — Rkmt. bez., inländischer 152—157 1/2 Rkmt. ab Bahn bez., geringer inländischer — Rkmt. bez., defecter russischer — Rkmt. bez., pr. März — Rkmt. bez., pr. März-April — Rkmt. bez., pr. April-Mai 147—